

## Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	15.05.2019	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

### **Projekt "Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung"**

**Betroffene Produktgruppe**

11 06 01 Förderung von Kindern/Prävention

**Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen**

Keine.

**Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan**

Keine.

**Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)**

Diverse Beratungen zum Thema Partizipation und Beteiligung von Jugendlichen im Jugendhilfeausschuss

**Sachverhalt:**

Das Landesjugendamt möchte die Stadt Bielefeld als eine der ersten fünf Referenzkommunen für das Projekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ gewinnen. Die Verwaltung regt an, diesem Wunsch zu entsprechen.

Zum Hintergrund:

Seit Anfang des Jahres gibt es das landesweite Projekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI), das von 2019 bis 2021 von den beiden Landesjugendämtern (LWL/LVR) in Kooperation mit 50 Referenz-Kommunen umgesetzt wird.

Ziel des Projektes ist es, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu verstärken und eine strukturelle Verankerung von Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen in NRW zu unterstützen, zu qualifizieren und langfristig auszubauen. Durch den Aufbau eines kommunalen Netzwerks soll die Expertise rund um das Thema Jugendpolitik gebündelt und gute Praxis eigenständiger Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung multipliziert werden.

Die beteiligten Referenzkommunen übernehmen im Rahmen des Projekts die Verantwortung, ihre kommunalen Konzepte einer einmischenden Jugendpolitik weiterzuentwickeln. Die konkreten Maßnahmen werden von den Verantwortungsträgern vor Ort gemeinsam mit Kindern/Jugendlichen festgelegt und - unterstützt durch das Modellprogramm - öffentlichkeitswirksam dokumentiert. Ziel ist es, einen eindeutigen Entwicklungssprung mit nachhaltiger Wirkung für die politische Mitwirkung Jugendlichen im Projektzeitraum zu erreichen.

Das Projekt startet im Jahr 2019 mit fünf Kommunen je Landesteil, die aufgrund Ihrer bisherigen

Erfahrungen und Praxis schon effektive Strategien einmischender Jugendpolitik etabliert haben. Bei der Auswahl der Kommunen durch die Landesjugendämter in 2019 wird neben den Erfahrungen auf eine regionale und strukturelle Ausgewogenheit geachtet. Ab 2020 können sich jedes Jahr zehn weitere Kommunen für die Teilnahme am Projekt bewerben. Insgesamt werden bis Ende 2021 je Landesteil 25 Kommunen an dem Projekt teilnehmen.

Im Rahmen des Projekts wird ein NRW-weites Netzwerk aufgebaut, zusammengesetzt aus Jugendlichen sowie Fachkräften der Jugendhilfe aus den am Programm beteiligten Kommunen. Neben zwei jährlichen Netzwerktreffen, in deren Mittelpunkt Austausch, Beratung und Weiterbildung stehen, soll es auch eine digitale Vernetzungsmöglichkeit in Form einer App geben. Darüber hinaus können im Projekt bis zu 3.000 € je Kommune für durch Jugendliche und junge Menschen selbstverantwortete Mikroprojekte zur Jugendpolitik beantragt werden.

Neben den Jugendämtern sollen relevante Akteure in der Fachpolitik, der Kommunalverwaltung und weiterer Bereiche aktiv einbezogen werden. Die Beteiligung der Jugendlichen vor Ort und der Akteure der freien Träger der Jugendhilfe ist im Prozess von großer Bedeutung. Ziel ist es, den gesetzlichen Auftrag zur Gestaltung einer beteiligungsorientierten Jugendhilfe offensiv im Interesse Jugendlicher und junger Erwachsener umzusetzen und eine kommunale Gesamtstrategie einer eigenständigen Jugendpolitik zu initiieren und weiterzuentwickeln.

Die Fortschritte und Ergebnisse des Projekts werden über NRW-weite Veranstaltungen und die Internetauftritte der Landesjugendämter dokumentiert und veröffentlicht und in regelmäßigen Abständen mit dem MKFFI abgestimmt.

Auf Grundlage der o.g. Kriterien und der positiven Erfahrungen aus der bisherigen Zusammenarbeit möchte das Landesjugendamt die Stadt Bielefeld als eine der ersten fünf Referenzkommunen für das Projekt gewinnen. Die Verwaltung regt an, diesem Wunsch entsprechen.

Beigeordneter

Ingo Nürnberg